Ä2 Leitantrag: Schluss mit der Rückschrittsangst. Sicherheit zur Systemfrage machen!

Antragsteller*in: Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin)

Änderungsantrag zu A8

Von Zeile 16 bis 22 einfügen:
In noch schnellerem Tempo zeigt sich jedoch die Ideologie der Regierung in der Innenpolitik. Kaum ist die neue Koalition im Amt, werden genüsslich die geplanten Gundrechts- und Freiheitseinschränkungen präsentiert. Die Innensenatorin stellt in einem Atemzug demokratische Volksentscheide in Frage und legitimiert gewaltsame Selbstjustiz von Autofahrern gegen Aktivist*innen als "verständlich". Nur mit Blick auf die Straßenblockaden soll das Präventivgewahrsam, was explizit nicht für Versammlungen und Identitätsfeststellung vorgesehen ist, von 2 auf 5 Tage ausgeweitet werden. Innensenatorin Spranger gibt offen zu, dass es sich dabei um eine Abschreckungsmaßnahme gegen die "Letzte Generation" handelt, obwohl solche Maßnahmen eigentlich nur zur Abwehr einer konkreten Gefahr und von schweren Straftaten zulässig sind. Fesgenommene Aktivist*innen sollen in einem unrechtstaatlichen Schnellverfahren abgeurteilt werden. Spranger bricht geltendes Recht, wenn es ihr politisch gerade passt. Die neue Justizsenatorin setzt einen oben drauf und empfiehlt in einer katastrophalen Kommunikation der "Letzen Generation" in den Untergrund zu gehen. Die Polizei soll mit Tasern aufgerüstet, Bürger*innenrechte wie das Versammlungsrecht eingeschränkt, Videoüberwachung ausgeweitet, das Antidiskriminierungsgesetz zurückgeschraubt und marginalisierte Menschen weiter aus der Stadt vertrieben werden. All das

Begründung

Konkretisierung der Schwarz-Roten Innenpolitischen Agenda.